

wortlichkeit und Delegation muß sich auch im Führungsstil der Polizei widerspiegeln. Jeder Mitarbeiter muß an den ihn betreffenden Entscheidungen beteiligt werden. Vor allem in den Köpfen mancher Führungskräfte sollte der mündige, eigenverantwortliche und selbständig seine Aufgaben erfüllende Polizist noch selbstverständlicher werden. Der einzelne Beamte will nicht mehr an der kurzen Leine laufen. So wie die Bürger heute selbstverständlich Mündigkeit für sich beanspruchen, beansprucht dies auch der Polizist in seinem Dienst. Dem muß in den Führungsstrukturen noch mehr Rechnung getragen werden. In diesem Punkt ist noch einiges Umdenken erforderlich.

HK: Die für das Leitbild entscheidende Grundfrage, Welche Polizei wünscht sich die Gesellschaft? läßt sich eventuell ja

auch umkehren: Welche Gesellschaft wünscht sich die Polizei?

Schumacher: Zunächst ist wichtig, daß eine solche Frage überhaupt nur eine selbstbewußte Organisation stellen kann. Die Polizei wünscht sich eine Gesellschaft, die ihr mit kritischer Sympathie begegnet, die die Polizei unterstützt. Diese Unterstützung werden künftig nicht alle gesellschaftlichen Gruppen der Polizei entgegenbringen. Doch diese Pluralität der Gesellschaft muß die Polizei ganz selbstverständlich akzeptieren. Sie gestaltet sich selbst ebenso plural, indem es unter den Polizisten eine Vielzahl von Einstellungen, verschiedene politische Haltungen gibt. Besonders aber braucht die Polizei eine Unterstützung durch die Politik, die sich nicht nur auf Regierungserklärungen beschränkt.

Optionen, die verdampfen?

Anmerkungen zum Entwurf für ein Wort der Kirchen zur sozialen Lage

Ende letzten Jahres veröffentlichten Deutsche Bischofskonferenz und EKD ein Papier zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, das als Diskussionsgrundlage für einen breit angelegten Konsultationsprozeß dienen soll (vgl. HK, Januar 1995, 9 ff.). Die HK wird sich im Rahmen des Möglichen an dieser Diskussion beteiligen. Im folgenden Beitrag nimmt das Oswald-von-Nell-Breuning-Institut (Frankfurt-Sankt Georgen) zum Entwurf kritisch Stellung und macht Vorschläge für ein profilierteres kirchliches Sozialwort.

Die Diskussionsgrundlage zu einem gemeinsamen Sozialwort der Kirchen ist in der Öffentlichkeit weithin positiv aufgenommen worden. Sie stellt die Notlage der Arbeitslosen, Wohnungssuchenden und kinderreichen Familien einfühlsam dar, macht strukturelle Schieflagen und politische Fehlleistungen dafür verantwortlich und erinnert an die Grundsätze einer hochstehenden Sozialkultur, die in der Nachkriegszeit und Aufbauphase der Bundesrepublik lebendig gewesen ist. Die wirtschaftspolitischen Erwägungen folgen weitgehend den Argumenten der Standortdebatte, zeigen eine hohe familien- und sozialpolitische Kompetenz und spiegeln den Diskussionsrahmen dessen, was in einer großen Koalition der Volksparteien zustimmungsfähig ist.

Die vorliegende Diskussionsgrundlage ist von einer ökumenischen Redaktionsgruppe erarbeitet worden. Vor mehr als einem Jahr lag bereits ein Thesenpapier vor, das im katholischen Raum entstanden, aber von kirchlichen Gruppen, Verbänden und Einrichtungen zurückgewiesen worden war. Die damalige Kritik hatte sich unter anderem darauf konzentriert, daß den Thesen ein spezifisch christliches Profil fehle. Die ökumenische Redaktionsgruppe hat das Anliegen aufgegriffen und dem Text in Kapitel 1 drei Optionen – für

die Schwachen, für eine soziale Friedensordnung und für die soziale Gestaltung der Zukunft in der einen Welt – vorangestellt. Sind diese Optionen eindeutig formuliert? Ist ihr biblisch-theologischer Hintergrund erkennbar? Sind sie in der wirtschafts- und sozialpolitischen Reflexion über die aktuellen Problemfelder (Kapitel 3) und die Erneuerung der Marktwirtschaft (Kapitel 4) wirksam geworden? Unserer Meinung nach hat die Diskussionsgrundlage weder ein biblisch-theologisches noch ein sozialetisches Format. Die Optionen sind verwässert, einem bunten Hintergrund entnommen, bleiben für die politische Reflexion der Diskussionsgrundlage belanglos. Sie müssen eindeutig formuliert sein, um politisch wirksam zu werden.

Mißverständliche Formulierungen

Das Nebeneinander dreier Optionen, die mißverständlich formuliert sind und für abweichende gesellschaftsethische Konzepte stehen, macht es schwierig, das Anliegen der Kirchen angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Lage zu begreifen.

Die erste „Option für die Schwachen“ (Textziffer 9–11) orientiert sich am biblischen Zeugnis, daß Gott selbst für die „Schwachen“ eintritt und daher auch von den Christen soziales Engagement einfordert. In dieser „tätigen Parteinahme für die Schwachen“ (10) wird der Glaube an Gott konkret. Im Glauben vollzieht sich ein Perspektivenwechsel zu den „Menschen in unserer Gesellschaft, die im Schatten des Wohlstandes leben und weder sich selbst als gesellschaftliche Gruppe bemerkbar machen können noch eine Lobby haben“ (11).

In der Diskussionsgrundlage richtet sich die Option primär auf die Schwachen statt auf die Armen. Sie ist damit deutlich abgeschwächt, als ginge es eher um naturbedingte, individuelle Notlagen, die auf verminderter Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft beruhen, statt um soziale Mißstände infolge struktureller Benachteiligungen.

Die zweite „Option für eine soziale Friedensordnung“ (12–14) verweist auf die ganzheitliche Bedeutung des biblischen Schalom als »Heil Gottes im umfassenden Sinn« (12). Der Friede Gottes wird als ein Geschenk begriffen, das das Leben der Christen bestimmen soll und gegen eine kurzsichtige menschliche Vernunft Versöhnung einfordert. Er zielt einerseits gegen „den Streit, die konfrontative Interessenwahrnehmung und die entschlossene Selbstdurchsetzung“ auf „ein bewahrtes und versöhntes Leben in einer Gemeinschaft ohne Bedrohungen“ (13). Andererseits sollen Interessengegensätze ausgetragen und soziale Spannungen bearbeitet werden. Damit es nicht zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen kommt, muß stets erneut ein „friedlicher Ausgleich“ gesucht werden (14). Dies ist möglich, wenn die Gesellschaft über „Instrumente der friedlichen Konfliktklärung“ verfügt und wenn alle Beteiligten zum Kompromiß bereit sind und sich zur Fairneß verpflichtet wissen.

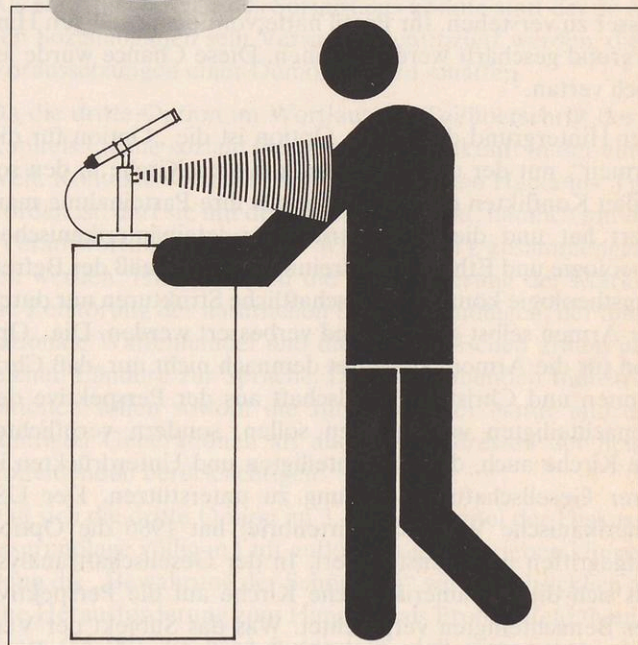
Der Textabschnitt klärt nicht, was unter sozialer Friedensordnung zu verstehen ist. Der Begriff „Ordnung“ taucht lediglich in der Überschrift auf. In die Rückbesinnung auf den biblischen „Frieden Gottes“ (13) hat sich ein Schuß Gemeinschaftsromantik eingeschlichen, eine auffällige Reserve gegenüber modernen Gesellschaften und ihren Mechanismen der Konfliktaustragung. Umgekehrt wird anschließend als Inhalt der Friedensoption der konstruktive Umgang mit Interessengegensätzen angegeben (14).

Die dritte Option „für eine soziale Gestaltung der Zukunft in der einen Welt“ (15f.) fordert recht formal, daß weitreichende Wirkungen (Nebenfolgen, Veränderungen, Kosten) in Rechnung gestellt werden und die Kooperation mit anderen (Betroffenen) gesucht wird. Als Kontrast dazu werden die eigene Sicherheit und Vorsorge sowie der eigene Erfolg und die Fortführung des Bisherigen genannt. Als Gegenstände bzw. Adressaten der Verantwortung werden herausgehoben: Gottes Schöpfung, die Mitgeschöpfe, künftige Generationen; die Verantwortung bezieht sich jedoch auch auf die umgestellte Trias des konziliaren Prozesses: Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Zukunftsverant-

Eine Innovation, die ihren Namen wirklich verdient.



Unser neuentwickelter automatischer Mikrofon-schalter SN 300 erkennt durch seine ausgefeilte Technik, ob Sie vor Ihrem Mikrofon stehen, und schaltet dann für Sie ein bzw. aus. Mit dem SN 300 machen Sie aus Ihrer Lautsprecheranlage eine Automatanlage.



Strässer hat das umfangreichste Programm an Mikrofonen, Verstärkern und Tonstrahlern speziell für die Beschallung von Kirchen.

Wenn Sie mehr über uns und unsere Produkte wissen wollen, rufen Sie bitte an oder bestellen Sie unseren Katalog.

Strässer GmbH & Co. KG
Löwentorstraße 36–38
70191 Stuttgart

Telefon 07 11/8145 21
Telefax 07 11/8 56 74 68

STRÄSSER

ELEKTRO-AKUSTIK

wortung ist „von ihrem tiefsten Wesen her verantwortliche Haushalterschaft“. Seltsamerweise bleibt das verantwortliche Handlungsobjekt im Dunkeln.

Diese Option ist weitschweifig und umständlich formuliert. Sie hat eine bewegte Redaktionsgeschichte. Der Text enthielt ursprünglich das Gleichnis vom reichen Kornbauern (Lk 12,16–21) als Beispiel ichbezogener, selbstmächtiger Zukunftsvorsorge. Aus einer früheren „Option für die Zukunftsverantwortung“ ist schrittweise die jetzt aufgeschwemmte Formel geworden, deren Eigengewicht auf „Zukunft“ und „eine Welt“ liegt. Allerdings taucht die „eine Welt“ in den Textziffern 15 und 16 nicht mehr auf. Dafür stehen die Worte: „Zukunftsverantwortung“ bzw. „Verantwortung für die Zukunft“ im Mittelpunkt.

Chancen, die vertan wurden

Die Optionen sind bunt zusammengesetzt. Die Hintergründe, denen sie entstammen, bieten zwar eine Hilfe, um sie besser zu verstehen. Ihr Profil hätte vor dem jeweiligen Hintergrund geschärft werden können. Diese Chance wurde jedoch vertan.

Der Hintergrund der ersten Option ist die „Option für die Armen“, mit der die lateinamerikanische Kirche in den sozialen Konflikten des Subkontinents ihre Parteinahme markiert hat und die im Zentrum der lateinamerikanischen Theologie und Ethik der Befreiung steht. Gemäß der Befreiungstheologie können gesellschaftliche Strukturen nur durch die Armen selbst grundlegend verbessert werden. Die „Option für die Armen“ bedeutet demnach nicht nur, daß Christinnen und Christen Gesellschaft aus der Perspektive der Benachteiligten wahrnehmen sollen, sondern verpflichtet die Kirche auch, die Benachteiligten und Unterdrückten in ihrer Gesellschaftsveränderung zu unterstützen. Der US-amerikanische Wirtschaftshirtenbrief hat 1986 die Option aufgegriffen und transformiert. In der Gesellschaftsanalyse hat sich die US-amerikanische Kirche auf die Perspektive der Benachteiligten verpflichtet. Was das Subjekt der Veränderung angeht, so setzt sie jedoch nicht primär auf eine Befreiungsbewegung der Armen, sondern auf deren aktive Integration. Die Option für die Armen mündet daher vor allem in den Grundsatz der Beteiligungsgerechtigkeit: Den Armen soll ermöglicht werden, sich aktiv am Leben der Gesellschaft zu beteiligen: durch Erwerbsarbeit an der Arbeitsgesellschaft und durch eine materielle Grundausstattung an der öffentlichen Meinungsbildung.

In der Option für die soziale Friedensordnung und in der Reserve gegenüber den Interessenkonflikten moderner Demokratien (13) wird vermutlich ein in beiden Konfessionen starkes *ordnungsethisches Erbe* greifbar. So orientierte sich die Katholische Soziallehre an einem überzeitlich definierten Gemeinwohl, während eine neulutherische Theologie der Ordnungen vor allem in der staatlichen Obrigkeit einen

Schutz vor der Gewaltneigung der Menschen sah. Eine solche Erblast hat vielen Christen den Zugang zu einer Gesellschaft erschwert, die sich über argumentativen „Streit“ und mühsame Kompromißsuche selbst organisiert (vgl. 1–3, 5). In Kontrast dazu werden neuere Demokratietheorien rezipiert, indem die Notwendigkeit betont wird, Konflikte auszutragen und stets erneut nach sozialem Ausgleich zu suchen (14). Vor allem in der Theorie der Zivilgesellschaft wird Demokratie weniger als fertige Staatsform, denn als gesellschaftliches Projekt verstanden: Alle Bürgerinnen und Bürger anerkennen sich gegenseitig als gleichberechtigt, verpflichten sich auf eine friedliche Konfliktbearbeitung in der Öffentlichkeit und suchen die „Regeln“ ihres Zusammenlebens einvernehmlich zu bestimmen.

Die in der dritten Option erwähnte „Haushalterschaft“ kann als ein neues *ökumenisches Schlüsselwort* verstanden werden. Es hat das 1948 auf der ersten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen geprägte Leitwort von der „verantwortlichen Gesellschaft“ abgelöst und dem Engagement der Christen eine ökologische Dimension erschlossen. *Konrad Raiser*, der gegenwärtige Generalsekretär des ÖRK, hat das Symbol von dem „einen Haus der Schöpfung für Mitwelt und Menschen“ gewählt, um den Zusammenhang der belebten und unbelebten Materie in miteinander vernetzten Lebensräumen herauszustellen. In diesem Haushalt der Schöpfung Gottes übt der Mensch in der Sorge für das Leben aller Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses eine treuhänderische Funktion aus.

Optionen zerplatzen wie Luftblasen

Zwar haben die Autorinnen und Autoren der Diskussionsgrundlage versucht, auf die Frage nach dem christlichen Format mit den drei Optionen eine Antwort zu geben. Doch die Optionen und die wirtschafts- und sozialpolitischen Reflexionen sind nahezu zwei getrennte Abschnitte. Die Optionen zerplatzen wie Luftblasen, sobald sie auf den Boden der Diagnose und Therapie fallen.

Die Option für die Schwachen wird z. T. eingelöst durch einfühlsame Beschreibungen der Folgen, die *Arbeitslosigkeit* und *Armut* für die Betroffenen haben. Hierhin gehören die Passagen, in denen die Arbeitslosigkeit als Riß durch die Gesellschaft, die Langzeitarbeitslosigkeit als Rutsche in die Erwartungslosigkeit (37), ein verbreiteter Mißbrauch von Sozialleistungen als unzutreffend bezeichnet werden (84). In Anlehnung an das Beteiligungsgebot des US-amerikanischen Wirtschaftshirtenbriefs wird auch der Anspruch aller Bürgerinnen und Bürger formuliert, an den Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft“ (121), vor allem an der Erwerbsarbeit, teilhaben zu können.

Allerdings kann gefragt werden, ob die Teilhabeforderung nicht doch wieder primär Männer im Auge hat. Schließlich bleibt die *Benachteiligung von Frauen*, die sich aus der ge-

schlechtsspezifischen Arbeitsteilung ergibt, unbeachtet. In der familienpolitischen Reflexion (55–63) wird zwar das Problem gesehen, wie Erwerbsarbeit und Familie miteinander vereinbar sind, doch werden meist ganz allgemein die Eltern als Betroffene bezeichnet. Daß es für Männer als selbstverständlich gilt, voll berufstätig zu sein, so daß sich vor allem Frauen damit auseinandersetzen müssen, wie sie Familie und Beruf „unter einen Hut“ bringen, wird nicht kritisiert. Bei den Ursachenanalysen und Handlungsempfehlungen des dritten Kapitels ist die Option für die Schwachen wohl vollends in Vergessenheit geraten. Diese schließen sich eher den gängigen wirtschafts- und sozialpolitischen Deutungsmustern an. So haben die Autorinnen und Autoren z. B. aus der Standortdebatte die wenig überzeugende Sichtweise übernommen, das Lohnniveau sei in Deutschland zu hoch und die Lohnstruktur biete zu wenig Leistungsanreize (40). Abgesehen von wirtschaftswissenschaftlichen Argumenten gegen diese Sicht werden damit zwei Gruppen Benachteiligter, die Arbeitslosen und die unteren Lohngruppen, gegeneinander ausgespielt. Schließlich provoziert die Vorstellung, die deutsche Wirtschaft könne durch Lohnzurückhaltung wieder den Wettbewerb mit den Niedriglohnländern aufnehmen (42), die Frage, ob es bei der Option vielleicht nur um die Schwachen „in unserer Gesellschaft“ (11) gehe und nicht um die Armen in Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa.

Das ordnungsethische Erbe, das in der Option „soziale Friedensordnung“ steckt, taucht im ganzen Text unter den Begriffen „Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“, „Staatsordnung“, „Lebensordnungen unseres Volkes“ ständig wieder auf. Am nächsten steht der Option die Charakterisierung der Sozialen Marktwirtschaft als „Ordnungsentwurf des sozialen Friedens und Ausgleichs“ (103). Dieses ordnungspolitische Konzept nimmt in der Diskussionsgrundlage den Stellenwert des zentralen ethischen Leitbildes ein. Dies mag mit den Querverbindungen zusammenhängen, die in der Geschichte der alten Bundesrepublik immer wieder zwischen dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und der Katholischen Soziallehre sowie mancher evangelischer Ordnungsethik gezogen wurden. Ließe sich die Option für eine soziale Friedensordnung lediglich als Plädoyer für die Soziale Marktwirtschaft verstehen, wäre sie exakt jener gesuchte rote Faden, der den gesamten Text durchzieht. Dann allerdings hätte man das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft gleich an den Anfang stellen und auf die drei kirchlichen Optionen verzichten können.

Im Gegensatz zum ordnungsethischen Hintergrund taucht das gesellschaftsbezogene Demokratieverständnis (14) in der wirtschafts- und sozialpolitischen Reflexion der folgenden Kapitel nur selten auf. Zwar wird immer wieder der soziale Frieden als Grundlage einer leistungsfähigen Wirtschaft beschworen. Aber daß dieser heute nicht mehr durch straffe Einbindung der Interessengruppen in einen „Verbändestaat“ garantiert ist, sondern nur durch öffentlichen „Streit“ und Kompromiß immer wieder neu hergestellt werden muß, klingt wenig durch. Von *Demokratie* ist in der Dis-

kussionsgrundlage erstaunlich selten und fast ausschließlich staatsbezogen die Rede, obgleich der Konsultationsprozeß selbst ein zivilgesellschaftliches Verständnis von Demokratie nahelegt. Immerhin werden die gesellschaftlichen Spaltungstendenzen als „Anfrage an die solidarischen Beziehungen zwischen allen Bürgern“ (33) und als Bedrohung für das „Vertrauen in die demokratische Gestaltbarkeit unserer Gesellschaft“ (39) identifiziert. Ebenso wird der Umgang der Deutschen mit Flüchtlingen und Asylsuchenden als „Lern- und Bewährungsfeld“ für eine „offene, demokratische und soziale Gesellschaft“ (100) bezeichnet.

Das Konzept der Zivilgesellschaft vermißt man besonders in den Abschnitten über den Sozialstaat und über die Bekämpfung der Armut. Besteht nämlich der demokratische Anspruch moderner Gesellschaften darin, daß alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben müssen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten mitzuwirken, dann haben die sozialen Sicherungen die materielle Grundlage für eine Pluralität von Lebensformen und für eine mögliche Beteiligung aller an der öffentlichen Meinungsbildung zu garantieren. Als eigentliche Krise des Sozialstaats könnte statt der zu hohen Sozialabgaben sein Versagen identifiziert werden, diese Voraussetzungen einer Demokratie zu schaffen.

Da die dritte Option im Wortlaut zur Teilüberschrift des 2. Kapitels („Eine soziale Gestaltung der Zukunft in der einen Welt. Kontexte wirtschaftlichen und sozialen Handelns“) geworden ist, darf sie mit dem dritten Kontext, nämlich mit der „Verantwortung für die eine Welt“ (27–31), zusammengelesen werden. Hier kommen die Globalisierung der Märkte, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, der internationale Waffenhandel und die Kluft zwischen armen und reichen Ländern zur Sprache. Die wohlhabenden Industrienationen sollen sowohl die Interessen der Natur und der künftigen Generationen als auch die Interessen der heute Notleidenden berücksichtigen.

Daß sich die dritte Option im 3. und 4. Kapitel der Diskussionsgrundlage völlig in Luft auflöst, mag übertrieben klingen. Denn die „Bewahrung der Schöpfung“ wird ausdrücklich als eine Herausforderung zum Handeln, als Problemfeld thematisiert (86–90). Es wird festgestellt, daß trotz erheblicher Fortschritte, umzudenken und die Umweltgefahren zu vermindern (86), die Antworten auf die globale Erwärmung der Erdatmosphäre und den Abbau der Ozonschicht unzureichend sind (87). Anschließend wird ein Berg von Fragen aufgetürmt (89). Außerdem gilt die Verpflichtung gegenüber den Entwicklungsländern als ein zentraler Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft; der ethische Anspruch der Wirtschaftspolitik wird daran gemessen, was sie zur Überwindung der internationalen Armut tut. Jenseits der üblichen Forderungen nach Marktöffnung und Angleichung des Lebensstandards sollen die Christen für eine Soziale Weltwirtschaft eintreten (125).

Im übrigen jedoch gilt, daß die Option im 3. und 4. Kapitel kaum aufgegriffen wird. So werden die charakteristischen Grundwerte und Komponenten der Sozialen Marktwirt-

schaft (Grundversorgung, Tarifautonomie, Grundsicherung, Ausgrenzungsverbot) ausgemalt, ohne die ökologische und globale Dimension zu thematisieren. Eine Reflexion über wirtschaftliche Macht (126) stößt nicht auf die Schieflage von Übermacht und Abhängigkeit im Nord-Süd-Konflikt. Die Erwartungen einer jährlich wachsenden Volkswirtschaft werden zwar gebremst, aber Wirtschaftswachstum (ohne qualifizierenden Zusatz) bleibt institutionalisiertes Ziel der Wirtschaftsordnung (42). Ein hoher Beschäftigungsgrad soll durch eine konzertierte Aktion wiedergewonnen werden, in der sich Regierung, Bundesbank und Tarifpartner über eine Finanz-, Geld- und Tarifpolitik verständigen (43). Aber das Problem, politische Signale und Weichen auf eine *nachhaltige* Entwicklung zu stellen und gleichzeitig die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, wird gar nicht erfaßt. Ebensovienig werden Wege gewiesen, wie sich angesichts der globalen Finanzmärkte die Ohnmacht der nationalen Entscheidungsträger etwa durch internationale Vereinbarungen oder abgestimmte Verhaltensweisen überwinden ließe. In der Klage über die bestehende Wohnungsnot und in den Vorschlägen, die quantitative und qualitative Wohnungslage zu verbessern (92f.), fehlt der Hinweis auf eine umweltgerechte Raumplanung und naturgemäßes Bauen.

Wünsche für die Überarbeitung

Eine Überarbeitung der Diskussionsgrundlage hätte vor allem dafür zu sorgen, daß die drei Optionen auch bei den Diagnosen und Therapien aktueller Herausforderungen wirksam werden. Durch die Kritik im vorhergehenden Abschnitt wurde bereits knapp skizziert, daß das Sozialwort damit zu *konsequenteren Antworten* käme. Anders als die Diskussionsgrundlage spiegelte es dann nicht nur die wirtschafts- und sozialpolitische Debatte, die innerhalb des Spektrums einer großen Koalition bereits geführt wird. Dabei könnte die Argumentation an Überzeugungskraft gewinnen, wenn deutlich würde, daß die Optionen zugleich auch eine Selbstverpflichtung der Kirchen als Arbeitgeberinnen und Vermögensbesitzerinnen darstellten. Darüber hinaus käme es aber vor allem auf deren schärfere Profilierung an.

Der biblisch-theologische Ursprung der Optionen müßte zunächst erschlossen werden. Die „*Option für die Armen*“ erinnert daran, daß Gott die Armen Ägyptens befreit hat, daß er für die Waisen, Witwen und Fremden eintritt, so daß gemäß dem Maßstab biblischer Gerechtigkeit eine Gesellschaft danach beurteilt wird, wie sie mit ihren benachteiligten Mitgliedern umgeht. Das theologische Leitbild des „*Bundes*“ erinnert daran, daß Gott dem Volk Israel in der Thora eine gerechte Verfassung anbietet, die jedem Mitglied des Volkes ein würdiges Leben in der Gemeinschaft und eine Teilhabe an dem Land, in dem Milch und Honig fließen, ermöglicht. Das Bild von der „*verantwortlichen Haushalter-schaft*“, erinnert an die biblischen Schöpfungsgeschichten und deren Deutung der geschaffenen Welt als einer Gemein-

schaft des Lebens, in die der Mensch radikal eingebunden ist. Dieser soll trotz seiner Sonderstellung behutsam mit der Erde umgehen, sie gestalten und bewohnbar machen, mit den natürlichen Ressourcen sparsam umgehen und sich selbst begrenzen.

Die Optionen sollten dann in eine programmatische Aussage übersetzt werden, die gesellschaftlich anschlussfähig ist. „*Die Personwürde ist unteilbar*“ könnte eine solche Programmaussage sein, denn die Option Gottes schließt alle Armen ein, sie sortiert nicht einzelne Gruppen von Armen aus. Folglich darf auch die Option der Christen für die Armen in einem reichen Land nicht auf Kosten der Armen gehen, die die Mehrheit der Weltbevölkerung ausmachen. Zudem mag die radikale Gleichstellung von Frauen und Männern zwar für Christen und ihre Kirchen ein Sprung über den eigenen Schatten sein, aber die Personwürde, die im Grundgesetz für unantastbar erklärt wird, ist weder an unterschiedliche Leistungs- bzw. Kaufkraft noch an herkömmliche Rollenmuster oder biologische Vorgaben gebunden. „*Soziale Demokratie*“ könnte ein Programm bezeichnen, das allen mittels einer materiellen Grundsicherung den Zugang zur öffentlichen Meinungsbildung ermöglicht und dabei die verschiedensten Lebensformen berücksichtigt. „*Umweltschutz und globale Entwicklung*“ als Programmaussage lehnt sich an die Diskussionsgrundlage, aber auch an das Programm der Rio-Konferenz von 1992 an. »Nachhaltiges Wirtschaften« (sustainable development) orientiert sich an dem Schlüsselbegriff des Brundlandt-Berichts von 1987 und fordert von den Industrieländern ein neues „*Wohlstandsmodell*“, das auch die Diskussionsgrundlage erwähnt (29).

Außerdem sollten die Optionen auch ein Zukunftsvotum enthalten. Wenn *erstens* auf absehbare Zeit durch die Beteiligung an der Erwerbsarbeit persönliche Lebenschancen und gesellschaftliche Anerkennung vermittelt werden, dann muß die überlieferte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern beseitigt werden, damit Frauen und Männer in gleicher Weise berufstätig sein können. Das Nachdenken über ein neues Verständnis von Arbeit muß zu einer Umverteilung von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit und zu einem stärkeren Engagement der Männer bei der Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit führen. Wenn *zweitens* die Politikverdrossenheit mit der Einführung politischer Entscheidungen auf die Staatsapparate zusammenhängt, müssen kreative Formen zivilgesellschaftlicher Beteiligung entworfen und durch eine menschenwürdige Grundsicherung allgemein zugänglich gemacht werden. Dazu müssen neue Formen der sozialen Sicherung eingeführt werden, weil die um das männliche Normalarbeitsverhältnis zentrierten Sozialversicherungen den neuen Lebensformen und individualisierten Lebensstilen nicht mehr gerecht werden. Wenn *drittens* die Übertragung einer Wirtschaftsform, an die sich die wohlhabenden Industrieländer gewöhnt haben, auf die ganze Welt eine Umweltkatastrophe auslöst, ist diese bereits jetzt nicht mehr zu rechtfertigen. Deshalb müßte weit über das nationale Modell einer sozialen Marktwirtschaft der 60er Jahre hinaus eine umwelt- und

sozialgerechte, auf die ganze Welt und kommende Generationen übertragbare Wirtschaftsform entworfen werden. Die kirchlichen Optionen bleiben vage und politisch belanglos. Die theologisch-ethischen Kontexte, aus denen sie stammen, werden bei weitem nicht ausgeschöpft. Die Diskussionsgrundlage macht den Eindruck einer wirtschafts- und sozialpolitisch durchaus kompetenten Schreibtisch- und

Redaktionsarbeit. Ihr fehlt aber das Profil einer kirchlichen Stellungnahme, die aufgrund der Erfahrungen der politisch und sozial engagierten Christen eindeutig Partei ergreift. Die nun vorgesehene, breit angelegte ökumenische Konsultation wird hoffentlich zu einem Sozialwort führen, das mehr biblisch-theologisches und sozialetisches Format hat.

Susanne Degen / Bernhard Emunds

Traditionalisten im Vormarsch?

Widerstände gegen Reformbestrebungen in der russischen Orthodoxie

Ende letzten Jahres tagte die Bischofssynode der Russisch-Orthodoxen Kirche. Auf der Tagesordnung standen die ökumenischen Beziehungen der ROK sowie die heftig umstrittene Frage einer Reform des Gottesdienstes. Traditionalistisch-nationalistische Kreise in der russischen Orthodoxie sehen in gottesdienstlichen Reformen eine Gefährdung kirchlicher Identität und fahren massives Geschütz gegen vermeintliche „Anpassungen“ auf. Antiwestliche und ökumenefeindliche Strömungen sind in der ROK heute weit verbreitet.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK), d. h. das Moskauer Patriarchat, ist seit der Gewährung der Religionsfreiheit 1988 in der früheren Sowjetunion einem Wechselbad erfreulicher und weniger erfreulicher Folgeerscheinungen ausgesetzt. Eine Verdoppelung des Bestandes an Kirchen, das Anwachsen der Zahl von Klöstern um das Fünfzehnfache (von 20 auf 300), die achtfache Zahl an Priesterseminaren und geistlichen Lehranstalten (von 5 auf fast 40) und das alt-neue Prestige der (Quasi-)Staatskirche und manches andere sind zweifellos positive Folgen.

Eine schmerzliche Folge der Religionsfreiheit waren für das Moskauer Patriarchat hingegen die *ukrainische Abspaltungen* von der ROK; der Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Währung brachte auch die ROK in eine schwierige finanzielle Situation. Die Krise um die KGB-belasteten Bischöfe 1991/92 scheint jetzt „ausgesessen“ zu sein: Patriarch Alexi hat eine Offenlegung der KGB-Verstrickungen von Bischöfen und Priestern vermieden, um der Kirche weitere Zerreißproben zu ersparen. Aber immerhin: Erst kürzlich auf der Bischofssynode Anfang Dezember 1994 wurde der in der protestantischen Ökumene so beliebte und allseits hofierte Metropolit Pitirim (Netschajew) von Wolokolamsk und Jurjew, bis dahin Leiter des Patriarchatverlages, von diesem Amt entbunden und mit keinem neuen Amt mehr betraut. Metropolit Pitirim, der als früher hochrangiger KGB-Mann gilt, muß sich nun mit der Funktion eines Vikarbischofs des Patriarchen begnügen.

Andererseits haben Hierarchen aus dem „zweiten Glied“, die nach 1990 unspektakulär mit mittleren Strafen (3- bis

4jähriges Zelebrierverbot mit Verweisung in ein Kloster, Versetzung in unbedeutende fernöstliche Eparchien, Entziehung kirchlicher Ämter) belegt worden waren, diese jetzt abgebußt. Nun kehren diese Bischöfe in ihre alten Ämter zurück – wie etwa der frühere Abt des Pleskauer Höhlenklosters, zuletzt Bischof von Blagoweschtschensk (am Stillen Ozean), der am 25. März 1991 von seinem Amt entbunden und in eine Einsiedelei verbannt worden war: Am 21. April 1994 wurde er wieder in sein Bischofsamt eingesetzt.

Auseinandersetzungen um eine Liturgiereform

Die ROK konnte sich insgesamt nicht der Verunsicherung entziehen, die Rußland seit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums erfaßt hat. Sie wurde in die allgemeine Identitätskrise Rußlands hineingezogen worden und reagiert, wie das ganze Land, mit einem bedenklichen Abdriften ins rechtsnationale Lager. *Rechtsextreme Gruppen* mißbrauchen die Kirche als ein Feld, auf dem es besonders leicht ist, Gefolgschaften zu rekrutieren. Oft gelingt es solchen Gruppen, sich in den Kirchenvorstand von Gemeinden zu drängen. Vielfach lassen sich die oft nicht oder wenig gebildeten Priester von den extrem nationalistischen, antiökumenischen und antiwestlichen Hetzern in ihren Gemeinden mitreißen. Ein Bischof äußerte im privaten Gespräch: „Unser Problem heute sind nicht mehr die KGB-belasteten Bischöfe – dieses Problem erledigt sich auf biologischem Wege. Unser Pro-